

GGG

Info

In eigener Sache – GGG-Vorstandswahl 2017

Im Rahmen der Bundestagung am 17.11.2017 in der Paul-Hindemith-Schule in Frankfurt hat die Mitgliederversammlung den Bundesvorstand gewählt. Mit Werner Kerski und Lothar Sack, den beiden stellvertretenden Vorsitzenden, freue ich mich über das neue Vorstandsmitglied **Renate Holfter**, aktive Schulleiterin der Gemeinschaftsschule Trappenkamp in Schleswig-Holstein.

Wir danken **Ingrid Ahlring** für 6 Jahre und **Barbara Riekman** für 4 Jahre engagierte Arbeit im Vorstand. Wir sind froh, dass uns beide als kooptierte Mitglieder weiter unterstützen werden – Ingrid für die Zusammenarbeit mit der Redaktion der GEMEINSAM LERNEN, Barbara als Verbindung zur Schulakademie, BÜZ u. a. Wie bereits in der Klausur im September 2016 in Kassel angeklungen und auch im Hauptausschuss im September 2017 diskutiert, gilt es im Rahmen einer inhaltlich-organisatorischen Neuausrichtung der Arbeit in der GGG bis 2019 strukturelle Entscheidungen zu treffen, um bei allseits knappen personellen Ressourcen und veränderten Organisationsbedürfnissen Aufgaben in Bund und Ländern gleichermaßen produktiv gestalten zu können.

Ein Arbeitstreffen der **AG Strategie** und der **Steuergruppe** hat Ende November 2017 diese Fragen in die Planungen einbezogen.

*Für den Vorstand
Gerd-Ulrich Franz*



INHALT

GGG aktuell

Bericht – GGG	
Bundestagung in Frankfurt	II
Fotocollage Bundestagung	III
Eine Schule für alle – Kernforderung der GEW	IV

GGG Länderberichte

Hamburg	IV
Hessen	V
Niedersachsen	V
Nordrhein-Westfalen	VI
Rheinland-Pfalz	VII
Schleswig-Holstein	VII

GGG intern

Diskussion mit der SPD	VIII
Jubiläen und Geburtstage	VIII

Neuer Vorstand

Gerd-Ulrich Franz
Werner Kerski
Lothar Sack
Renate Holfter

Demokratie offensiv leben – Unsere Antwort auf aktuelle Herausforderungen

Bundestagung der GGG in Frankfurt 17.11.2017

Die Bundestagung war eingebettet in ein mehrtägiges Programm im Rahmen der „Woche der Gesamtschulen“ in Frankfurt. So konnten schon am Vortag acht Frankfurter Gesamtschulen besucht werden. Deren Angebote knüpften inhaltlich an das Thema des Kongresses an. Am 18.11.17 endete die Woche der Gesamtschule mit einem sehr gut besuchten „Markt der Möglichkeiten“, auf dem sich die Frankfurter Gesamtschulen der interessierten Elternschaft vorstellten.

Gastgeberschule für die Bundestagung war die Paul Hindemith Schule, eine integrierte Gesamtschule mit 680 Schüler/-innen aus 61 Nationen. Nach einem erfrischenden musikalischen Auftakt, dem Schulrap, den Achtklässler vortrugen, begrüßte der Schulleiter Matthew George die ca. 100 Tagungsteilnehmer/-innen. Er schilderte die vielfältigen Herausforderungen des Gallus, eines Stadtteils mit mehr als 40.000 Einwohnern, der weiterhin dynamisch wachse. Schon heute kooperiere die PHS mit vielen Institutionen im Stadtteil. Geplant sei ein Bildungscampus u. a. mit Stadtbücherei, Kita, Berufsschulen und neuer gymnasialer Oberstufe. Für die Gestaltung dieser Aufgabe sei es wichtig, den „Tunnelblick“ der Einzelschule aufzugeben und aufeinander zuzugehen.

Der Bundesvorsitzende Gerd-Ulrich Franz eröffnete die Bundestagung.

Stadträtin Sylvia Weber schloss hieran an und führte anlässlich der vielen Überlastungsanzeigen aus den Gesamtschulen aus, dass die personelle, räumliche und sächliche Ausstattung für diese inklusive Aufgabe (noch) unzureichend sei. Mit dem Bildungscampus Gallus verknüpfe die Stadt Frankfurt auch den Wunsch, mit guten Freizeitangeboten der Radikalisierung und dem Rückzug indoktrinerter Jugendlicher entgegenzuwirken.

Den einführenden Eröffnungsreden schlossen sich drei Impulsreferate an:

Prof. Dr. Rosemarie Tracy, Sprachwissenschaftlerin an der Universität Mannheim, hob die Bedeutung der Sprache als Schlüssel zur Identität hervor. Mehrsprachigkeit ermögliche Mehrstimmigkeit und vermittele eine selbstbewusste, hybride Identität. In der Schule jedoch würden mehrsprachige Kinder an monolingualen Normen gemessen. Damit wäre der Blick auf die Vielfalt ihrer sprachlichen Kompetenzen stark eingeschränkt. Wünschenswert wäre deshalb eine Lehreraus- und -fortbildung, die für diese erweiterte Sichtweise kompetent mache.

Ahmad Mansour, Diplom-Psychologe und Programmdirektor der European Foundation for Democracy, schilderte die antidemokratischen Denkmuster der „Generation Allah“, aus der eine zahlenmäßig starke Gruppe von Salafisten und Dschihadisten erwachsen könne. Den Salafisten gehe es mit einer einfachen Rhetorik um einfache Antworten auf komplexe Probleme. Die Argumentation sei gekennzeichnet von Schwarz-Weiß-Bildern, Idealisierungen und Verschwörungstheorien, zudem geprägt von einem antisemitischen Gedankengut. Der Radikalisierungsprozess treffe auf Jugendliche, die in krisenhaften Phasen auf der Suche nach Identität, nach Bindung, nach Exklusivität und nach „Befreiung“ von der alten Rolle seien. Die Schule müsse deshalb, so das Fazit, präventiv in der Lage sein, Jugendliche vor den Islamisten und Salafisten zu erreichen.

Kurt Edler, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, beschrieb Grundmuster populistischer Argumentation. „Ressentimentgeladene Narrative“ kämen hinzu: die vermeintliche Bedrohung ethnischer Identität, die Beschwörung linker Unterwanderung der Republik, des Genderwahns, der gesellschaftlichen Modernisierung. Für die Schule käme es darauf an, die „demokratische Resilienz“ zu stärken: Grundlage hierfür

wäre aus Einsicht, ohne Angst und ohne Bevormundung, seinen (Lern)Weg gehen zu können, aber gleichzeitig auch die Freiheit und das Menschenrecht anderer zu verteidigen. Dazu braucht es, so Edler, eine diskriminierungsfreie Schule, in der allen Formen der Beschämung entgegen gewirkt würde.

Nach dem Mittagessen versammelten sich die Teilnehmer/-innen in drei Foren, um mit den Fachleuten diese Themen zu vertiefen und weitere Aspekte hierzu auszutauschen. Eine Arbeitsphase, die intensiv genutzt wurde.

Die Tagung schloss mit einer Podiumsdiskussion ab, auf der die Teilnehmer/-innen **Fabian Pflume** (Landesschulsprecher Hessen), **Jan Voss** (elternbund Hessen) und **Maike Wiedwald** (GEW Hessen) die Forderung nach längerem, gemeinsamen Lernen ohne Aussonderung bekräftigten.

Wer wollte und noch konnte, war am Abend eingeladen zu einem ganz besonderen Konzert, veranstaltet von **Bridges**, einer interkulturellen Musikinitiative, die geflüchtete und beheimatete Profimusiker/-innen gemeinsam in Ensembles zusammen bringt. Mit zwei Ensembles, die klassisch-orientalische Musik vortrugen, endete der Abend. Für alle, die hieran teilnahmen, war es ein ganz besonderer musikalischer Leckerbissen.

Barbara Riekman

Die Eröffnungsrede von Gerd-Ulrich Franz ist auf der Website www.ggg-bund.de eingestellt.

Fotos:

Werner Kerski
Reinhard Wanzke

Fotos und Collage:
Christa Gramm

Fotoimpressionen von der GGG Bundestagung 17. 11. 2017 Paul-Hindemith-Schule in Frankfurt



GGG Mitgliederversammlung

Konzert Duo Flamenco und Hope in der Friedenskirche





Ilka Hoffmann,
Leiterin des Organisationsbereichs Schule
der GEW

„Eine Schule für alle“ – eine Kernforderung der GEW

Der Vorstandsbereich Schule der GEW arbeitet seit vielen Jahren mit der GGG und dem Grundschulverband zusammen, um das gemeinsame Lernen zu stärken. Beispielhaft ist das traditionelle Treffen an Himmelfahrt zu nennen, das dazu dient, politische und pädagogische Strategien auszutauschen. Als ich 2013 in den Vorstandsbereich Schule gewählt wurde, war dies eines meiner Ziele: die gesellschaftlichen Spaltungen, die von einem gegliederten Schulsystem massiv verstärkt und z.T. auch erzeugt werden, überwinden zu helfen. Meine langjährigen Erfahrungen als Lehrerin im gemeinsamen Unterricht einer Gemeinschaftsschule haben mich darin bestärkt, dass dies der richtige Weg ist, um junge Menschen auf ein solidarisches Miteinander in einer lebendigen Demokratie vorzubereiten. Gemeinsame Bildung, die Möglichkeiten des Dialogs, der Begegnung und der Zusammenarbeit von jungen Menschen aus verschiedenen Kulturen, verschiedenen sozialen Hintergründen und mit vielfältigen Erfahrungen sind die Basis einer toleranten und demokratischen Gesellschaft. Auch die Lehrkräfte können von einem gemeinsamen Engagement für eine Schule für alle profitieren. Gemeinsame bildungspolitische Überzeugungen stärken den Zusammenhalt untereinander. Gemeinsames Lernen in einer Schule für alle stärkt

auch die pädagogische Profession, denn eine Schule für alle braucht die pädagogische Weiterentwicklung und professionelle Kooperationen.

Es war ein Glücksfall, dass sich in dem Bündnis „Eine für alle – die inklusive Schule für die Demokratie“ Gleichgesinnte mit einem langen Atem zusammengefunden haben. Das stärkt und hilft, die vielfältigen Entwicklungen zu reflektieren und gemeinsame Wege zu finden. Gemeinsames Handeln ist wichtig. Denn wir treffen auf eine schwierige gesellschaftliche Lage: Prozesse der Entsolidarisierung und Entdemokratisierung verstärken sich. Die Verteidiger des gegliederten Schulsystems beherrschen die Medien. Vorurteile gegen junge Menschen mit Behinderungen und aus Armutsverhältnissen werden wieder ohne Scham geäußert. Wir haben es mit einem starken inklusionsfeindlichen Mainstream zu tun. Dieser hängt einerseits mit einem allgemeinen Rechtsruck zusammen, andererseits aber auch mit sich verschlechternden Arbeits- und Lernbedingungen in den Schulen. Der steigende Lehrkräftemangel tut ein Übriges, der Inklusionsbewegung die Luft abzudrücken. Für uns als Gewerkschaft ergibt sich daraus die anspruchsvolle Aufgabe, eine humane und demokratische Bildungspolitik eng mit der Interessen- und Professionspolitik zu verzahnen. Unter schlechten Arbeits- und Lernbedingungen lässt sich der Anspruch einer demokratischen Schule für alle kaum verwirklichen. Diese Erkenntnis kann aber nicht dazu führen, das gegliederte Schulsystem und den Fortbestand von Sondereinrichtungen zu propagieren. Vielmehr müssen wir Wege einer schrittweisen Transformation finden und in der Politik mit aller Vehemenz für eine qualitätsvolle Umsetzung kämpfen. Das ist die Aufgabe einer Bildungsgewerkschaft und aller engagierten Lehrer*innen. Packen wir es gemeinsam an!

ILKA HOFFMANN



HAMBURG

Mit einer Auftaktveranstaltung am 5.10.2017 hat unsere Kampagne **„Zusammen leben Zusammen lernen“** ihre nächste Hürde genommen. Die Aula des Oberstufenzentrums der Ida-Ehre-Schule war – trotz eines starken Sturms, der den Bus- und Bahnverkehr behinderte – mit über 80 Menschen gut gefüllt. Ein ermutigendes Zeichen!

Die GGG Hamburg und der Verband Integration an Hamburger Schulen möchten einen breiten gesellschaftlichen Dialog darüber anstiften, wie Kinder gut gemeinsam und mit Freude lernen können und wie mehr Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden kann.

Unter den Teilnehmer*innen waren auch viele prominente Hamburger Unterstützer*innen. Mit Angelika Bachmann von Salut Salon, mit Christian Seeler, vormals Intendant des Thalia Theaters, mit Thorsten Brand, Schauspieler und Geschäftsführer des Improvisationstheaters „Steife Brise“ und mit Hanna Saliba, einem Vertreter hochwertiger Gastronomie in der Stadt, war ein breites Spektrum an Erfahrungen, Einstellungen und Meinungen auf dem Podium vertreten. Alle beschrieben eindrucksvoll, wie wichtig die Erfahrung gemeinsamen Lernens ohne Aussonderung und Angst für ihre Biografie gewesen sei.

Christa Goetsch, ehemalige Schulsensatorin und Johannes Bastian, Professor für Erziehungswissenschaft ergänzten und trugen vor, dass längeres gemeinsames Lernen gelingt, weil Unterschiede wertvoll seien und der wissenschaftliche Beleg für den Erfolg gemeinsamen Lernens inzwischen erbracht sei. Für Stadtentwickler Dieter Läßle müssten Schulen wegen ihrer Bedeutung für den Zusammenhalt in der Stadt zu Kathedralen gemacht werden. Wenn Schulen, so Reinhard Kahl, zu Kultivierungsräumen mit Ateliers, Gärten und Werkstätten werden, so würden sie das Gefühl einer Grundsicherung vermitteln können.

Die Kampagne wird fortgesetzt. Weitere Informationen dazu:

www.zusammen-leben-zusammen-lernen.de

BARBARA RIEKMANN

HESSEN

Forum IGS

Das Forum IGS diskutiert die aktuellen pädagogischen Strömungen vor dem Hintergrund schulischer Wirklichkeit. Wir sind Praktikerinnen und Praktiker. In der täglichen Arbeit mit unseren Schülern wollen wir unseren pädagogischen Idealen in realistischer Weise immer wieder einen Schritt näher kommen.

Uns geht es darum, gemeinsame Leitlinien für die Arbeit an Schulen des gemeinsamen längeren Lernens zu verabreden. Wir erreichen dadurch eine immer deutlichere Unterscheidbarkeit von den Schulen des gegliederten Systems. Außerdem stellen wir eine größere Gemeinsamkeit in der pädagogischen Ausrichtung sicher. Wir verstehen uns als ein Gremium, das Schulentwicklungsprozesse für die teilnehmenden Einzelschulen vorbereitet.

Aktuell arbeiten wir an dem großen Themenfeld der Kompetenzorientierung. Aus dem Dickicht an Erkenntnissen und Vorgaben, mit denen die Schulen konfrontiert sind, filtern wir heraus, was wir gemeinsam unter dem Erwerb von Kompetenzen verstehen: Was sind nach unserem Verständnis Kompetenzen? Was sagt die Wissenschaft zum Erwerb von Kompetenzen? Wie können wir unsere Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, gebildete und kompetente Erwachsene zu werden? Hilft uns das Kompetenz-Konzept, der großen Vielfalt unserer Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden? Welchen Spielraum lassen uns die staatlichen Vorgaben? Die Ergebnisse unserer Arbeit werden wir, wie gewohnt, in einer gemeinsamen Leitlinie veröffentlichen.

Das Forum IGS steht allen Schulen des längeren gemeinsamen Lernens in Hessen offen. Einmal in jedem Schulhalbjahr treffen sich die Teilnehmerschulen und beraten sich zu den Themen, die aus dem Kreis heraus von Interesse sind. Dabei sind pro Schule in der Regel zwei Teilnehmer/Teilnehmerinnen, ein Kollegiumsmitglied und ein Schulleitungsmitglied, anwesend.

Gesamtschultag am 8.3.2018 im neuen Gewand

Unter dem Thema „Inspiration IGS“ wird der Landesvorstand alle Kolleginnen und Kollegen zum nächsten Gesamtschultag in die IGS Nordend nach Frankfurt einladen. Am Donnerstagnachmittag (nicht mehr am Samstag) sollen 6 Schulen ihre Highlights zu verschiedenen Themen präsentieren, z. B. Digitalisierung, Überfachliche Kompetenzen, Anschlussfähigkeit, Projektarbeit, Nachhaltigkeit, Lernen durch Engagement, Außerschulische Lernorte, etc. Bei anschließendem Essen wird den Bedürfnissen, sich zu treffen, sich auszutauschen, Mut zu machen, Anregungen für Hospitationen zu holen, Rechnung getragen.

Auf der Homepage der GGG Hessen sind die jeweils nächsten Termine und unsere Arbeitsergebnisse zu finden: www.ggg-bund.de/index.php/laender/hessen

ANJA WALBRÖHL



Gerd-Ulrich Franz übergibt das Mitgliedsschild der Schulleiterin Dr. Susanne Gölitzer und ihrer Stellvertreterin Mareike Klauenflügel.

„Als neugegründete Schule im Norden Frankfurts entwickeln wir eine Teamschule, in der [...] Schüler_innen in jahrgangsübergreifenden und jahrgangsbezogenen Phasen arbeiten können. Die Teilhabe aller, Schüler_innen, Eltern, Lehrkräfte, Mitarbeiter_innen an diesem Aufbauprozess ist uns wichtig.“

www.igs-kalbach-riedberg.de

IGS Kalbach - Riedberg
Eine Schule für mich

NIEDERSACHSEN

Länderbericht

Die Landtagswahl am 15.10.17 hat ergeben, dass eine rot-grün geführte Landesregierung keine Mehrheit mehr haben wird. SPD und CDU bilden nun eine große Koalition. Redaktionsschluss für dieses Heft und Veröffentlichung der Koalitionsvereinbarungen haben sich überschritten. Der LV hatte noch keine Gelegenheit, dazu öffentlich Stellung zu nehmen. Deshalb drucken wir an dieser Stelle die Forderungen des Landesverbandes an alle möglichen Koalitionäre ab.

Weiterentwicklung der Inklusion und einer qualitativen Ganztagschule – Stärkung der Eigenverantwortliche Schule – Gleichbehandlung aller Lehrämter bei Arbeitszeit und Besoldung

In der letzten Legislaturperiode wurden Weichen für Inklusion und Ganztag gestellt, deren Richtung die GGG voll unterstützt. „Inklusion ist Menschenrecht und daher muss sich die gesamte Gesellschaft dieser Aufgabe stellen. Die Gesamtschulen arbeiten teilweise seit Jahrzehnten inklusiv, nun muss diese Aufgabe von allen Schulformen endlich angenommen werden!“, fordert Andreas Meisner, Vorsitzender des niedersächsischen Gesamtschulverbandes GGG. Dazu seien sonderpädagogische Lehrkräfte fest an größeren Systemen anzustellen. Die Ganztagschule ist gesellschaftlich gewünscht und gemeinsames Lernen und Leben braucht einen strukturierten Ganztag und nicht nur Betreuung. Daher sind weitere Ressourcen zur Verfügung zu stellen und der Ganztag soll nicht wegen des derzeit bestehenden Lehrermangels angegriffen werden. Eine Benachteiligung sieht der Gesamtschulverband in der Personalversorgung der nach 2008 gegründeten Ganztagschulen. Diese erhalten nur 75% der für den Ganztagsbereich zustehenden Lehrerstunden. Jan-Peter Braun, der im Gesamtschulverband die neu gegründeten Integrierten Gesamtschulen vertritt, wird deutlich. Die CDU/FDP Landesregierung habe diese

Regelung vor 8 Jahren eingeführt um den Gesamtschulneugründungen zu schaden, der SPD/Grünen-Landesregierung habe die Personalversorgung zwar verbessert, ist jedoch bei 75 % stehen geblieben. „Eine Ressourcenzuweisung von einem Gründungsdatum abhängig zu machen ist sachfremd und inakzeptabel“, so Braun.

Große Sorgen macht sich der Gesamtschulverband über Tendenzen der Parteien, mit oberflächlichen Argumentationen die Eigenverantwortliche Schule in ihren Spielräumen beschneiden zu wollen. Die 2007 eingeführte Eigenverantwortlichkeit habe in allen niedersächsischen Schulen eine beispielgebende und bundesweit beachtete Qualitätsentwicklung ermöglicht, so der Gesamtschulverband. Sie müsse weiter ausgebaut und nicht eingeschränkt werden.

Die Diskussion zur Lehrerarbeitszeit sei in letzter Zeit durch Lobbyarbeit einiger Verbände viel zu eingeschränkt geführt worden. So sei die Arbeit nicht allein auf Unterricht, Korrekturen und Vorbereitung beschränkt. Gerade in Grund-, Haupt- und Gesamtschulen wird sehr viel Energie in pädagogische Arbeit mit Schülerinnen und Schülern sowie Eltern investiert. „Es muss eine unabhängige und sachorientierte Evaluation einer zeitgerechten Arbeitsbelastung einer Lehrkraft geben und es darf nicht darum gehen, dass, wer am lautesten schreit auch Gehör findet!“ fordert Andreas Meisner.

„An Gesamtschulen erfahren wir beispielhaft die Benachteiligung der Arbeitszeit von Gesamtschullehrkräften gegenüber Gymnasiallehrkräften“, sagt Andreas Meisner. Gesamtschullehrkräfte unterrichteten 24,5 Stunden pro Woche, Gymnasiallehrkräfte dagegen nur 23,5 Stunden. Für den Gesamtschulverband ist die höhere Unterrichtsverpflichtung umso unverständlicher, als an Gesamtschulen nicht nur das zweifelsohne arbeitsintensive Abitur abgenommen werden müsse, sondern darüber hinaus auch noch alle Schüler unterschiedliche Abschlussprüfungen nach Jahrgang 9 oder 10 ablegen. Hinzu komme, dass Gesamtschullehrkräfte ihren Unterricht auf mehreren Niveaustufen organisieren.

Es sei an Zeit, die Lehrämter inklusive Ausbildung, Arbeitszeit und Besoldung neu zu strukturieren, um das Personal in Schulen für die aktuellen und zukünftigen Aufgaben von Schule auszustatten.

„Insgesamt wünschen wir uns als Gesamtschulverband, dass sich die Bildungspolitik der kommenden Landesregierung an dem Bedarf und an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientiert und weniger an den am lautesten sich bemerkbar machen den Verbänden“, so Meisner.

Der Gesamtschulverband Niedersachsen (GGG) vertritt die Interessen der 133 niedersächsischen Gesamtschulen mit ihren etwa 10.000 Lehrkräften, mehr als 80.000 Schülern und 160.000 Eltern.

ANDREAS MEISNER

NORDRHEIN-WESTFALEN

Der Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung in NRW – zentrale Aspekte für die integrierten Schulen

Zur Einstimmung ein Zitat aus dem Koalitionsvertrag: „Wir wollen die Gleichbehandlung aller Schulformen wiederherstellen. Die Benachteiligung von Realschulen und Gymnasien werden wir beenden.“ (KV S.10) Auf der Landespressekonferenz wurde die Ministerin gefragt, worin denn die Benachteiligung der Gymnasien bestünde? Darauf hatte sie keine Antwort.

Erstaunlich ist, dass an mehreren Stellen direkt oder indirekt der Sozialindex und der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg angesprochen werden. Die erwähnten 30 Talentschulen mit fragwürdiger privater Finanzierung in sozial schwachen Stadtteilen werden die soziale Spaltung dort eher vertiefen.

Für eine gelingende Inklusion sollen verbindliche Qualitätsstandards eingeführt werden. Das ist überfällig und zu begrüßen. Die GGG NRW wird dazu aus der Praxis abgeleitete Vorschläge machen. Im Rahmen der Aufgabenbeschreibungen für die unterschiedlichen Schulformen wird

speziell die Gesamtschule als prädestiniert für die Umsetzung der Inklusion angesehen. Im gleichen Atemzug wird das Gymnasium als benachteiligt beschrieben. Das ist infam. Folgerichtig wird das Gymnasium vom ziel-differenten Unterricht befreit.

Ob es tatsächlich zu spürbaren Verbesserungen für die integrierten Schulen in den Bereichen Inklusion, Integration, Lehrerversorgung allgemein und speziell für die Schulen in schwierigen sozialen Lagen kommen wird, ist mehr als zweifelhaft. Die lauthals versprochene Unterrichtsgarantie soll über eine 105-prozentige Lehrerversorgung erreicht werden. Wie man darüber hinaus die Bereiche Inklusion, Integration, bedarfsgerechte Lehrerversorgung und die Umstellung von G8 auf G9 finanzieren und auf dem Lehrerarbeitsmarkt realisieren will, ist nicht zu erkennen.

Es gibt eine Reihe von Absichtserklärungen für Verbesserungen, deren Realisierung überwiegend von mehr personellen Ressourcen abhängt. Es gibt keine Prioritätenliste, keine Zeitabfolge, keinen Realisierungszeitraum. Immer wieder heißt es „Wir wollen ...“ oder „Wir werden ...“, und immer fehlt danach das wann und wie. Am verbindlichsten – wenn man das hier überhaupt sagen kann – bindet sich die Koalition in diesem Vertrag an zwei Stellen: „Zum nächstmöglichen Zeitpunkt werden wir eine digitale und schul-scharfe Erfassung des Unterrichtsausfalls einführen.“ (KV S.8) und „Mittelfristig führen wir eine 105-prozentige Lehrerversorgung an, vordringlich an Grundschulen.“ (KV S.8)

Eine ausführlichere Würdigung des Koalitionsvertrages und der Inhalt des KV finden sich auf der Homepage www.ggg-nrw.de

BEHREND HEEREN

RHEINLAND-PFALZ

Demokratietag

Mein, Dein, Unser Europa?! – so das Motto des 12. Demokratietags in Rheinland-Pfalz. Wie schon bei den vergangenen Demokratietagen war die GGG-RLP mit einem Informationsstand vertreten. Auch dieses Mal gab es intensive Gespräche mit demokratiebegeisterten Menschen, auch diesmal kamen zahlreiche Besucher*innen von (Gesamt-)Schulen und Grundschulen. Obwohl sich der Demokratietag „an junge Menschen und Erwachsene gleichermaßen“ richtet, waren die Erwachsenen nur auf Seiten der Aussteller und Begleiter der Kinder zu finden. Schon bei dem Grußwort des ZDF-Chefredakteurs, Peter Frey, konnte man sehen, dass nicht so viele Menschen gekommen waren. Vielleicht lag es an dem Motto des Demokratietags, das nach den heftigen Auseinandersetzungen im Wahlkampf in Deutschland wohl ein wenig neben einer empfundenen Aktualität lag. So nimmt es nicht Wunder, dass es in dem Bericht der Landesregierung vom 6.11.17 schon gar nicht um Europa geht, sondern: „Ein besonderer Höhepunkt war die Gründung des Bündnisses ‚Demokratie gewinnt!‘ auf Initiative der Ministerpräsidentin“ (Malu Dreyer).

Schon wieder mehr Dasselben? Gibt es nicht schon genug Initiativen, Bündnisse usw. usf.? Weder Zielgruppe noch Ziele unterscheiden sich von den bisherigen Aktivitäten. Solcher Aktionismus irritiert, kann und muss er wohl als Abwertung der bisherigen Bemühungen um eine demokratische Schule und Erziehung in und für die Demokratie gesehen werden. Es gibt zu denken, wenn von der Landesregierung kein kritisches oder nachdenkliches Wort zur Funktion des aus dem (undemokratischen) Ständestaat überkommenen selektiven Schulsystems verloren wird. Glaubt man allen Ernstes, dass Demokratieverziehung in der Schule Erfolg haben kann, ohne genau diese Bedingungen mit in den Blick zu nehmen? Niemand soll deshalb die Hände in den Schoß legen, aber angesagt ist, sich bei allem des Rahmens bewusst zu sein, in dem

sich Denken und Handeln bewegt. Und das bringt die Landesschüler*innenvertretung auf den Punkt:



Die GGG unterstützt die Landesregierung, wenn es um „die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems“ (SchulG § 1) geht. Genau davon war aber auf dem Demokratietag nichts zu hören. Wir fordern von der Landesregierung konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung des Menschenrechts auf ein inklusives Bildungswesen, auf dem Weg zu der einen inklusiven Schule für die Demokratie.

WOLFGANG THIEL

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Elterntag

Es war ein großer Tag für den Landesverband Schleswig-Holstein. Am 18.11.2017 fand unser diesjähriger Elterntag in der Erich Kästner Gemeinschaftsschule in Barsbüttel statt. Ca. 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren unserer Einladung gefolgt. Neben den Eltern aus den Gemeinschaftsschulen hatten wir auch Eltern von Grundschülerinnen und Grundschulern sowie von Gymnasien eingeladen. Erschienen waren ebenso die bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD. Dass dieser Elterntag ein so großer Erfolg wurde, ist auch der Kooperation mit dem Landeselternbeirat Gemeinschaftsschule, der gastgebenden Schule, hier insbesondere deren Elternvertreterinnen Angela Tsagkalidis und Heike Steube, sowie dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) zu verdanken.

Unter dem Motto „Gemeinsames Lernen in Vielfalt“ standen 16 Workshops im Angebot. Schnell ausgebucht waren die Themen „Resilienz – so machen Sie ihr Kind stark!“, „Die Jungenkatastrophe“ und „Den Schulerfolg der Kinder im Elternhaus wirksam unterstützen“.

In Vertretung der schleswig-holsteinischen Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, die kurzfristig wegen einer anderweitigen dienstlichen Verpflichtung ihre Teilnahme absagen musste, verlas deren Staatssekretärin Frau Dr. Stenke eine Grußbotschaft und erläuterte anschließend die bildungspolitischen Vorhaben der neuen Landesregierung. Dabei hob sie die Bedeutung der Gemeinschaftsschulen für die Schullandschaft in Schleswig-Holstein hervor, indem sie ausführte: „Die große Bedeutung der Gemeinschaftsschulen liegt in ihrem Umgang mit der Heterogenität. Dabei leisten sie großartige Arbeit.“ Dennoch wurden die von uns im Länderbericht 4/2017 geäußerten Befürchtungen eher bestätigt als ausgeräumt. Grundsätzliche Unterschiede bestehen im Verständnis der Bildungsaufträge von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, den Beziehungen zwischen diesen beiden Schulformen und der Entwicklung des Zweisäulenmodells insgesamt. Die geplante und auch dringend erforderliche Einführung eines Sozialbonus für Schulen, die besondere Aufgaben zu bewältigen haben, soll bedauerlicherweise erst Anfang 2020 umgesetzt werden. Dass es bei der Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen bei den bisherigen Regelungen bleiben soll und demnach die Einrichtung weiterer Oberstufen möglich wird, begrüßen wir. Ebenso begrüßen wir die Äußerung von Frau Dr. Stenke, dass nach ihrer Auffassung „Abschulungen“ der Vergangenheit angehören sollten. Jede Schule sollte bis zum Schulabschluss für die von ihr aufgenommenen Schülerinnen und Schüler verantwortlich bleiben. Wir sind gespannt darauf, wann die Landesregierung dieser Auffassung durch eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes Taten folgen lässt.

DIETER ZIELINSKI

Diskussion mit der SPD

Am 24. Aug. 2017 haben Martin Schulz und die sieben SPD-Ministerpräsidenten im Willy-Brandt-Haus in Berlin die Nationale Bildungsallianz für Deutschland offenbar nicht nur als Wahlkampfthema öffentlich vorgestellt. Es werden Herausforderungen, politische Eckpunkte und Voraussetzungen aufgeführt:

Herausforderungen: *Mehr Chancengleichheit, bessere Schulgebäude, Bildung in einer digitalisierten Welt, Wachsende Schülerzahlen, Ganztagsausbau stagniert, Vielfalt in den Klassen steigt, Mehr Vergleichbarkeit im Schulwesen, Berufsschulen nicht vernachlässigen*
Eckpunkte: *gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister, mehr Zeit zum gemeinsamen Lernen und mehr Ganztagschulen, vergleichbare und gute Schulabschlüsse, gutes Lernen in der digitalen Welt, moderne Schulgebäude, mehr schulische Sozial- und Jugendarbeit, eine hochwertige Berufsschulbildung.*

Voraussetzungen: *Abschaffung des grundgesetzlichen Kooperationsverbots, Zusätzliche Finanzmittel (12 Mrd. € für 2018-21)*

Der GGG-Vorstand hat dazu eine Stellungnahme verfasst. Wir begrüßen weitgehend die benannten Maßnahmen, bemängeln

aber die fehlende langfristige Zielsetzung, nicht thematisierte Punkte und die Akzentsetzung:

- Die Begründung: Die persönlichkeitsbildende Funktion des Bildungssystems, soweit sie über die berufliche Qualifikation hinausgeht, kommt ebenso wenig vor wie die gesellschaftsgestaltenden und demokratiestiftenden Funktionen des Bildungssystems. Das Menschen- und Gesellschaftsbild bleibt unscharf, Begriffe wie Armut/Wohlstand/Reichtum, Demokratie, Verantwortung, Selbstbestimmung, Respekt, Gemeinsinn, Solidarität, Nachhaltigkeit, global und international fehlen.
- Die Herausforderungen und Eckpunkte: Von vielen Punkten werden nur Teilaspekte genannt oder sie fehlen ganz. Das betrifft z.B. Chancengleichheit, digitale Bildung, Ganztagschule, Standards. Die Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe und Verpflichtung, eine Pädagogik, die vorhandene Vielfalt der Schüler/innen respektiert und aufgreift, bleiben unerwähnt und Strukturfragen werden gar nicht gestellt.

Die Stellungnahme wurde dem SPD-Parteivorstand und -Ministerpräsidenten zugeleitet. Hubertus Heil hat für den

SPD-Bundesvorstand hat darauf geantwortet. Er greift zwar nur andeutungsweise die inhaltliche Diskussion auf bietet aber an: „In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit mit ihrem Verband und lade Sie ein, auch weiterhin mit uns über die richtigen Wege in der Bildungspolitik zu diskutieren und vielleicht auch zu streiten.“ Der Einladung werden wir folgen.

Originaltexte siehe: <http://ggg-bund.de/index.php/aktuelles/ggg-bund-aktuell/972-ggg-stellungnahme-zu-spd-nationale-bildungsallianz>

LOTHAR SACK



GGG Verband für Schulen des
Gemeinsamen Lernens e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Huckarder Straße 12, D-44147 Dortmund
Fon: +49-231-58694727
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
www.ggg-bund.de

Jubiläen/Geburtstage

Wir danken für 40 Jahre Mitgliedschaft
Klaus-Dieter Lenzen
Victor Hert
GEW Stadtverband Duisburg
Karl-Heinz Dähnhardt
Lieselore Selbstaedt
Jutta Westhäuser
Uschi Hennicke
Rüdiger Wolter
H.-J. Greveler-Große-Oetringhaus
Dieter Schwedes
Burkhard Wohlgemuth
Rainer Böhm
Sigrid Fey
Ulrike Lohmeyer-Boysen
Ingrid Klein
Gerhard Hildebrandt
Hermann-Josef Eich

Wir danken für 25 Jahre Mitgliedschaft
Gesamtschule Kerpen
Harald Moj
Birgid Oertel
Jutta Lauenstein
Inge Schäfer
Johannes Kenkel
Bärbel Neisser
Barbara Beetz
Heidi Schohaus
Bernd Francksen
Gertraud Burkert
Gerhard Sonntag
Gerlinde Heym
Barbara Hellings
Michael Uhl

Wir gratulieren zum 80. Geburtstag	
Peter Virnich	17.02.1938

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag	
Helga Kiefeld	19.01.1943
Siegrid Trommershäuser	13.02.1943
Renate Schmidtke	16.02.1943
Reinhold Weismann-Kieser	12.03.1943
Frank Schindler	24.03.1943
Wilhelm Wagenfeld	12.04.1943